

Europa 1945 – Europa 2005
Das Werden des Vereinigten Europa – Das Ende nationaler
Machtrivalitäten und Vernichtungsstrategien

Hans-Georg Wieck

2005

Inhaltsverzeichnis

- I. Einleitung**
- II. Europa im Chaos 1945 – 1950**
- III. Deutschlands Rückkehr in die Staatengemeinschaft als gleichberechtigter, als geachteter Partner**
- IV. Europa 1945 – 2005**
Aus den Trümmern zu blühenden Landschaften und zum Wohlstand

I. Einleitung

Im Rückblick erscheint alles, was in den letzten 50 Jahren an europäischer Einigung entstanden ist, wie ein selbstverständlicher historischer Prozess –allerdings auch heute noch mit einer ungewissen Zukunft. Der Einigungsprozess konnte erst Ziel und Inhalt der Politik in Europa werden, nachdem die Erkenntnis zwingend geworden war, dass ohne die volle und gleichberechtigte Mitwirkung Deutschlands an diesem europäischen Einigungsprozess weder der Frieden noch die Freiheit Europas auf Dauer gesichert werden könnten. Deutschland zahlte einen hohen Preis für seinen Angriffskrieg und den Völkermord – mit hohen Menschenverlusten, Territorien, finanziellen Belastungen und mit einem enormen Verlust an moralischer Integrität und internationalem Vertrauen. Aber es erhielt – im Gegensatz zum Deutschland nach dem ersten Weltkrieg – die Chance zur vollen und gleichberechtigten Mitwirkung an der Entwicklung des Vereinigten Europa.

Der Europäische Kontinent hat sich in den Jahrhunderte langen, weite Teile der Welt einbeziehenden Machtrivalitäten zwischen den großen Staaten in Europa – Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn, Russland Italien – selbst zerstört und das Menschenbild der Humanität verraten.

Die beiden Weltkriege (1914-1918 und 1939-1945) stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang, ebenso die nationalistischen und kommunistischen Weltmachtaspirationen Deutschlands und der Sowjetunion. Ein dritter Weltkrieg drohte in der Zeit des Kalten Krieges von 1945 bis 1990.

Am Ende des zweiten Weltkrieges versuchte die Sowjetunion, unter Nutzung des von ihr kontrollierten Ost- und weiter Teile Mitteleuropas die Grundlagen für die sowjetische Vorherrschaft in allen Teilen Europas zu schaffen. Es zeichnete sich rasch eine alle Bereiche der internationalen und innenpolitischen Sphäre erfassende Konfrontation zwischen der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten einerseits und den USA und ihren europäischen Verbündeten andererseits um die Zukunft Europas ab. Die schon nach dem ersten Weltkrieg vor allem von Frankreich angestrebte aber letztlich doch halbherzig durchgeführte Politik der dauernden Entmachtung Deutschlands zur Sicherung des Friedens in Europa wurde nach dem zweiten Weltkrieg neu aufgelegt. Sie musste nach Zerschlagung der staatlichen Institutionen und der vorläufigen, am Ende endgültigen Abtretung großer Teile Ostdeutschlands an Polen und die Sowjetunion wegen des aufkommenden Ost-West-Konflikts von den Westmächten abgebrochen werden. Es begann die Politik der Einbindung eines zügig wieder aufgebauten Deutschland (Westdeutschland) in die transatlantische Sicherheitsarchitektur (NATO) und in den wirtschaftlichen Aufbau, vielleicht auch den politischen Aufbau eines vereinigten Europas (Europäische Gemeinschaft). Diese Politik konnte nur Erfolg haben, weil die Menschen in Deutschland darin neue Hoffnung für sich selbst und für Deutschland aufkommen sahen, eine Hoffnung, an die während des zweiten Weltkrieges und unmittelbar danach keiner zu glauben wagte, auch nicht in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands, schon gar nicht in der sowjetischen Besatzungszone.

II. Europa im Chaos – 1945 – 1950

Am 8. Mai 1945 endete der Versuch des nationalsozialistischen Deutschlands, die Herrschaft über Europa, wenn nicht in der Welt zu erringen, in der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Streitkräfte und mit der Übernahme der obersten Gewalt in Deutschland durch die drei, später die vier Siegermächte: die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich.

Deutschlands Zukunft lag in den Händen der vier Siegermächte. Seit Jahren zeichnete sich diese Katastrophe ab. Nun war sie eingetreten mit der ganzen Wucht der Niederlage, der Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit bei den Deutschen, die das Inferno überlebt hatten – verkrüppelt an Leib und Seele, entwurzelt, gejagt, enteignet, vertrieben, ausgebombt und die Familien zerrissen und von schweren Verlusten dezimiert, die Überlebenden orientierungslos, nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Teilen Europas, die Deutschland mit seiner militärischen Aggressivität und seinen politischen Tötungsmaschinen mit Unglück, Zerstörung und Vernichtung überzogen hatte. Europa lag in Trümmern, die Zukunft des Kontinents war ungewiss. Die Opfer des deutschen Terrors jagten nun ihre bisherigen Peiniger – Schuldige und Unschuldige. Hölle und Fegefeuer – kein Alptraum sondern die Wirklichkeit Europas, wie Dante sie in der Göttlichen Komödie schon im 13. Jahrhundert beschrieben hatte.

Wohin man schaute: immer der gleiche Anblick von zerstörten Städten, Menschen auf der Wanderschaft in Lumpen und von Hunger vorangetrieben – ziellos, planlos, hoffnungslos. Die Alpträume der letzten Jahre waren zur Wirklichkeit geworden – aber eine andere große Last und Bürde war von den Menschen genommen: der Krieg war vorbei; keine Luftangriffe, keine Schlachten und Gefechte mehr, keine Luftangriffe auf Personenzüge oder Radfahrer, Fahrzeuge und Einzelpersonen auf den Strassen und Wegen. Wer irgendwo ein Dach über dem Kopf, eine Schlafstätte fand, sank in den Erschöpfungsschlaf, aber auch in einen Schlaf der Erleichterung, der Befreiung von der Last des fünfeinhalbjährigen Krieges und der ständigen Todesangst. Ob an den Fronten oder in den Städten und auf dem Lande, jeder Mahlzeit konnte die letzte, jeder Kontakt mit den Liebsten der letzte sein. Das Leben war auf den Augenblick fixiert. Das Sehnen, die Gedanken, Pläne und Wünsche für die Zukunft waren durch die brutale Realität des Krieges und der Verfolgung zu Fiktionen, zu Schlössern auf dem Mond abgestempelt worden – jenseits aller Realität, jenseits der Reichweite des Menschen, der Millionen, die zu fremd gesteuerten Bestandteilen der Kriegsmaschinerie geworden waren. Auch unter solchen Rahmenbedingungen gab es das Glück des Augenblicks, die helfende Hand der Menschlichkeit und Barmherzigkeit, die Begegnung von Liebenden, die Gemeinsamkeit von Freude, Trauer und Betroffenheit, die das Leiden erträglicher machte, auch wenn sie an der von Menschen gesteuerten Gewaltherrschaft und Tötungsmaschinen nichts ändern konnte.

Die ersten Nachkriegswinter waren Hungerwinter mit Lebensmittelrationen für den Normalverbraucher von täglich 1 100 Kalorien in den Jahren 1945-1947. Der Schwarzmarkt blühte. Die Menschen waren von den furchtbaren Erlebnissen des Krieges und den physischen wie psychischen Belastungen ausgelaugt, auch in den benachbarten Ländern, die von Deutschland besetzt gewesen waren. Hinter jedem Unrecht, hinter jedem durch Gewalt und Krieg umgekommenen Menschen stand ein persönliches, und in vielen Fällen ein Familienschicksal, das die Leiden aushalten musste, das dahin vegetierte, das teilnahmslos zu werden drohte. Die Menschen starben einfach dahin und können die Leiden nicht bezeugen, die sie durchlitten haben. Es gab helfende Hände, gewiss, die Menschlichkeit hat Unmenschliches geleistet – aber es war ein Tropfen auf dem heißen Stein in dieser Hölle auf Erden, die in Europa geherrscht hatte. Ob Täter oder Opfer, die Last der unmenschlichen Tat und die Last des Leidens ist für den Überlebenden eine schwere Last. Er schwieg, er schweigt – und nur manche brachten die Kraft auf, zu sprechen, zu schreiben. Wer wollte es hören, wer konnte es verstehen. Generationen haben geschwiegen und sind mit ihre Aussagen von und über die Hölle in Europa im Selbstgespräch geblieben.

Junge Männer landeten in der Französischen Fremdenlegion, Hunderttausende versuchten, auszuwandern.

Deutschland als Ganzes hatte nur noch Bedeutung bei den Anstrengungen der Besatzungsmächte, auch die letzten Spuren des NS-Regimes und der Streitkräfte zu eliminieren. Nach und nach wurde das ganze Ausmaß der Vernichtungspolitik der deutschen Reichsführung gegen das jüdische Volk, gegen Minderheiten wie Sinti und Roma und gegen Polen, Russen und andere dem slawischen Sprach- und Volksraum zugeordneten Völkern bekannt. Ein Friedensvertrag nach dem Vorbild des Versailler Vertrags kam zwar nicht zustande, aber die durch Besatzungsmacht-Dekrete umgesetzten Beschlüsse der Konferenzen von Jalta und Potsdam, die gleichsam aus der bedingungslosen Kapitulation der Streitkräfte und der Beseitigung aller Reichsbehörden abgeleitete Ausübung der Souveränität über Deutschland durch die Siegermächte stellten keine geringeren, sondern noch größere Eingriffe in das Staatsgebiet des Deutschen Reiches und seine Handlungsfähigkeit dar, als das mit dem Versailler Vertrag der Fall gewesen war. Zentrale administrative Institutionen wurden zwar in Aussicht genommen, konnten aber wegen der Uneinigkeit der Siegermächte nicht zustande kommen. Wenn die Deutschen sich einmal – nach langer Zeit – zu einer friedliebenden Nation gewandelt haben sollten und sich demokratisch regieren konnten, dann, aber auch nur dann werde es auch wieder ein souveränes, gleichberechtigtes und friedliebendes Deutschland im Kreis der Nationen und der Staatengemeinschaft geben können. Dieses Deutschland werde die von den Siegermächten getroffenen Regelungen für Deutschland als Ganzes akzeptieren und für Deutschland legitimieren müssen.

Örtliche und regionale deutsche Behörden wurden aufgebaut – für Versorgungsfragen, vor allem zur Bewältigung des drückenden Wohnungsmangels, da immer mehr Flüchtlinge und Vertriebene aus den deutschen Ostprovinzen, aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn nach Deutschland gebracht wurden. Die Transporte fanden in Viehwagons statt, also unter ähnlichen Rahmenbedingungen, wie Deutschland sie beim Transport der Zwangsarbeiter aus fast allen Teilen Europas angewendet hatte, ganz zu schweigen von den Todestransporten für die Verbrennungsöfen von Auschwitz und anderen KZ-Lagern.

Behörden entstanden auch für den Schul- und Universitätsbereich, für das Gesundheitswesen. Unbelastet erscheinende und überhaupt unbelastete Fachleute wurden herangezogen. Politische Parteien wurden lizenziert, ebenso überregionale Zeitungen (z.B. „Die Welt“), Rundfunksender wurden unter Zensurbedingungen aufgebaut, örtliche Polizeien und Justizbehörden folgten. Die politischen Strafverfahren wurden von den Alliierten durchgeführt, angefangen bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen (Hauptprozess von November 1945 bis September 1946). Die Angeklagten hatten deutschen Rechtsbeistand.

Je nach der ideologischen Orientierung der Besatzungsmacht waren diese Behörden politisch positioniert – gelegentlich aber auch von Fachleuten aus der NS-Zeit um ihrer fachlichen Qualifikation wegen geleitet, falls kein Verdacht auf kriminelle Handlungen vorlag.

Die Waffen schweigen – die Stunde der Abrechnung bricht an

Nachdem die Waffen schwiegen – begann ein neues Leben, ein Leben mit Zukunft, einer ungewissen Zukunft, aber einer Zukunft, über die man sich wieder Gedanken machen konnte, ja Gedanken machen musste – um zu überleben, um die Familienangehörigen, um eine Heimstätte, um einen Arbeitsplatz zu finden, um über die Tagessorgen hinaus auch über das Schicksal des eigenen Landes nachzudenken oder gar Pläne zu schmieden, wie denn dieses Deutschland einmal aussehen sollte, wie es seinen Platz in Europa wieder finden könnte. Die Worte von Heinrich Heine wurden oft zitiert: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht“ (aus „Deutschland – ein Wintermärchen; 1844). Carl Zuckmeyer, der Deutschland 1938 verließ, nachdem die Aufführung seiner Theaterstücke wie

„Schinderhannes“ und „Der Hauptmann von Köpenick“ vom nationalsozialistischen Regime verboten worden war, bereiste Deutschland vom 10. November 1946 bis zum 28. März 1947 und fasste seinen Bericht in den Worten zusammen: „Ich erzähle die Geschichte, die mich erschüttert hat – so dass ich sie erzählen muss. Es ist die die Geschichte von Menschen, wie ich sie gesehen habe, wie sie mitten in unserer zivilisierten Welt im Winter 1946/47 lebten und starben“. Er beschreibt die tiefe Kluft zwischen den Besatzungsmächten und der deutschen Bevölkerung, die von Misstrauen, ja auch Feindseligkeit geprägt ist, und die nur wenig Hoffnung auf eine substantielle Verbesserung der Lebensbedingungen ganz zu schweigen von den politischen Perspektiven eines neuen, eines demokratischen Deutschlands aufkommen lässt („Carl Zuckmayer, „Deutschlandbericht“, 2004, Vorabdruck FAZ 19. August 2004).

In der Tat, wer sich in den unmittelbaren Nachkriegsjahren über Deutschlands Zukunft Gedanken machte, musste sich an den Beschlüssen der Siegermächte von Jalta und Potsdam von 1944 und 1945 orientieren und sah in ihnen die nicht überraschende, aber gleichwohl erschütternde Reaktion auf die deutsche Politik in den besetzten Gebieten Europas, vor allem in Polen. Die Abrechnung nahm ihren Lauf: Die Sowjetunion stellte an ihrer Westgrenze die sogenannte Curzon-Linie als Grenze zu Polen wieder her und entschädigte Polen mit den deutschen Provinzen Schlesien, Pommern, West- und Ostpreußen unter Eingliederung von Königsberg und einem erheblichen Landstrich Ostpreußens in die Sowjetunion. Oder und östliche Neiße wurden Grenzflüsse zwischen Polen und Deutschland. Frankreich wurde das Saarland verwaltungsmäßig zugeordnet. Mehr als 14 Millionen Deutschen – von insgesamt 80 Millionen Deutschen – wurden mit Zustimmung der Siegermächte aus ihrer Heimat in Ostdeutschland oder in der Tschechoslowakei vertrieben bzw. konnten von ihrer Flucht vor der sowjetischen Armee nicht in ihre Heimat zurückkehren. Jahrelang wurden Kriegsgefangene vor allem in der Sowjetunion für Wiederaufbauarbeiten eingesetzt. Reparationen wurden im Wege der Verlagerung von Industriebetrieben in die Sowjetunion oder mit dem Ziele der Reduktion des deutschen Wirtschaftspotentials in den westlichen Besatzungszonen demontiert.

Zwar sprachen die Siegermächte in Potsdam von dem Aufbau von zentralen deutschen Verwaltungen und auch in ferner Zukunft von einer deutschen Regierung, die dann die Ergebnisse der Siegerentscheidungen über Deutschland gegenzuzeichnen haben würde.

Der Versailler Vertrag von 1919 erscheint gegenüber diesem Super Versailles von 1945 wie eine zukunftssträchtige Friedensregelung. Wir alle wissen, dass der Versailler Vertrag mit der unbegründeten einseitigen Schuldzuweisung für den Ersten Weltkrieg an Deutschland und mit der Festlegung von Reparationsleistungen über mehrere Generationen hinweg nicht unwesentlich zu dem Geist der Revanche beigetragen hat, mit dem die Nationalsozialisten große Teile der deutschen Bevölkerung in der 1929 ausgebrochenen und mehrere Jahren andauernden Weltwirtschaftskrise hinter sich bringen konnten.

Eine Zukunft auf der Basis einer Aussperrung Deutschland und der Festlegung auf Lebensbedingungen nahe dem Existenzminimum – in den Hungerjahren 1945 bis 1947 lag die Tagesration des Normalverbrauchers bei 1.100 Kalorien - versprach nichts Gutes, weder für Deutschland noch für den Frieden in Europa. Aber das Leben nahm auch unter den hoffnungslosen Rahmenbedingungen in vielen Teilen Deutschlands einen Lauf, der auf eine bessere Zukunft hoffen ließ. Versorgungsbetriebe wurden wieder in Gang gebracht, auch der Schul- und Universitätsbetrieb. Wir – Schüler und Studenten – trugen mit freiwilligen Leistungen zur Beseitigung von Schutt und Zerstörung bei und brachten die verkommenen Schulgebäude wieder in Schuss. Die „Trümmerfrauen von Berlin“ sind in die Geschichte

Nachkriegsdeutschlands eingegangen. Es gab sie in vielen Städten. Mit Schaufel und Schienenloren beseitigten sie die Trümmer des Reiches – für einen Hungerlohn – aber sie waren, sind und bleiben das Symbol des Wiederaufbauwillens einer schwergeprüften Nation. An den Universitäten studierten die Überlebenden der deutschen Jugend, die zwischen 1918 und 1928 geboren war – in ungeheizten, in überfüllten, provisorisch hergerichteten Hörsälen und Labors. Textbücher bestanden aus hektographierten Handzetteln. Mit Heißhunger bemühten wir uns, den Wissensstand der Welt, von dem wir abgeschnitten worden waren, wieder zu erreichen und die Grundlage für eine eigene Existenz zu erarbeiten. Die Berufsperspektiven waren nicht gut, solange es keine Aussicht auf einen wirtschaftlichen Aufschwung gab. Eine machtpolitisch missbrauchte, ideologisch verführte Jugend, von Krieg, Entbehrung und durchlebtem Schrecken gezeichnete Jugend studierte unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen – mit geringen Zukunftsaussichten. Vor der Währungsreform mussten die Mittel für das Studium am Schwarzen Markt „erwirtschaftet“ werden, nach der Währungsreform vom 20. Juni 1948 in Nacharbeit und mit anderen Jobs. Viele konnten ihr Studium nicht erfolgreich abschließen, weil die Mittel nicht reichten. Ich selbst fuhr nach der Währungsreform dreimal in der Woche die Tageszeitung DIE WELT in Liefer- oder Lastwagen in der weiteren Umgebung Hamburgs. Im Jahre 1949 wurde ich zusammen mit einem Kommilitonen Redakteur bei der Norddeutschen Ausgabe des überkonfessionellen „Christlichen Nachrichtendienstes“, dessen Hauptsitz in München war.

Die Besatzungsmächte organisierten deutsche Verwaltungen auf lokaler und regionaler (Länder)-Ebenen für die Lebensmittelversorgung (Lebensmittelkarten), Wohnungsbewirtschaftung, die Polizeien und das Gerichtswesen, ja auch Wahlen, an denen lizenzierte politische Parteien teilnehmen konnten. In der sowjetischen Zone wurde die Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) inszeniert und mit einer Antifaschistischen Front (SED, LDP, CDU) die Grundlagen zur Errichtung eines sozialistischen deutschen Staates gelegt. In den westlichen Zonen genossen die so lizenzierten Parteien – Sozialdemokraten, Christliche Demokraten, Freie Demokraten und Kommunisten – nur wenig Vertrauen unter der Bevölkerung. Sie bemühten sich um eine gewisse Distanz zu den Besatzungsbehörden. Ich erinnere an eine Kundgebung mit Kurt Schuhmacher, der unbestrittenen „Nr. 1“ in der Sozialdemokratischen Partei der westlichen Besatzungszonen. Er wettete bei der Kundgebung im Sommer 1946 im Hamburger Botanischen Garten „Planten und Blumen“ im Frühjahr 1946 mit scharfer Zunge gegen die Politik der Besatzungsmächte, die das in seiner Sicht und in der Sicht vieler Deutschen bestehende Existenzrecht der Deutschen in einem Staat sabotierten.

Die Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg – der Hauptprozess gegen Göring und andere Schlüsselfiguren des Systems fand vom November 1945 bis zum September 1946 statt – brachten die deutschen Verbrechen am jüdischen Volk, die Gewaltverbrechen an anderen Völkern und die Schrecken der Vernichtungslager langsam in das Bewusstsein der deutschen Bevölkerung. Diese Informationen wurden zunächst mit Unglauben aufgenommen und nur langsam als eine unbestreitbare Tatsache mit allen ihren Konsequenzen für die Menschen anerkannt, die in diese Politik des Völkermords involviert waren, und als eine lang anhaltende schwere Belastung für das Ansehen des deutschen Volks begriffen. Tiefempfundene Scham oder Verdrängung prägten den Umgang mit den unbestrittenen Tatsachen, die Hitler im Namen des deutschen Volkes geschaffen hatte.

Das Gespräch über den Krieg und seine Begleiterscheinungen – also den begangenen oder erlittenen Verbrechen - zwischen den Generationen – Vätern und Söhne/Töchtern – war eher durch das große Schweigen denn durch Geständnisse und die Wiedergabe der Tatsachen geprägt. Die Rückkehrer, die Überlebenden bauten organisierten und vollzogen den

Wiederaufbau und verdrängten die Vergangenheit. Die Kindergeneration wuchs in den Wohlstand hinein und erhielt in aller Regel kaum Auskünfte über die Vergangenheit, über das Wirken und die Ansichten von Eltern und Großeltern während der Weimarer und der nationalsozialistischen Zeit. Sie erlebte keinen offenen, ehrlichen, auch schmerzhaften Dialog mit der Elterngeneration über die Vergangenheit.

Dieses Schweigen und das davon unabhängig erworbene Wissen haben zu den tiefen Konflikten der 68er-Generation mit ihrer Eltern geführt, also dem Konflikt zwischen der in die unmittelbare Nachkriegszeit hinein geborenen Generation mit ihrer vom Krieg und der NS-Zeit geprägten Elterngeneration. Die beiden Generationen hatten nicht mehr ein gemeinsames Band – das des gemeinsamen Lebens, wenn auch in unterschiedlichen Positionen im und unter dem NS-System und unter den Bedingungen eines Krieges, der keinen Unterschied zwischen Front und Heimat kannte. Erst in der Enkelgeneration, der Kinder der 68er Generation beginnt die systematische, die nüchterne Aufarbeitung des ganzen Geschehens.

III. Deutschlands Rückkehr in die Staatengemeinschaft als gleichberechtigter, als geachteter Partner

Mit dem Ringen um die Zukunft Europas, das kurz nach dem Ende des zweiten Weltkrieges zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten auf politischem, wirtschaftlichem und – ohne einen heißen Krieg erleben zu müssen – auch auf militärischem Gebiet einsetzte, veränderte sich die Lage Deutschlands fundamental. Kaum einer der Beobachter der Situation Deutschlands und Europas im Jahre 1945 hatte diesen Wechsel der strategischen Rahmenbedingungen voraussehen können.

Hier ist die unglaubliche Wendung zum Besseren eingetreten – aus der Sicht der Deutschen und aus der Sicht Europas – eine Wende, die letzten Endes zur Einheit Deutschlands im Jahre 1990, zum Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 und zur Erweiterung des Nordatlantischen Paktes und der Europäischen Union auf Mittelosteuropa und auf den Balkan führte:

Am 6. September 1946 hielt der US amerikanische Außenminister James Francis Byrnes, der schon im Jahre 1945 bei der Potsdamer Konferenz dem neuen US-Präsidenten Harry Truman als neuer Außenminister bei der Abfassung des Schlusskommuniqués über Deutschland („Potsdamer Abkommen“) assistiert hatte, die Rede, die die Wende der amerikanischen Außenpolitik verkündete und Deutschland eine neue partnerschaftliche Rolle verhieß: **Er erklärte, dass die Gesundung Europas ohne die Beteiligung Deutschlands nicht möglich sei – welch’ andere Thematik für Europa als die machtpolitische Dimension im Ost-West-Verhältnis oder gar die Sprache und der Geist des Versailler Vertrags.** Der Paradigmenwechsel bedeutete die Einbeziehung Deutschlands in das amerikanische Wiederaufbauprogramm für Europa – ein Programm, das auch die unter sowjetischem Einfluss stehenden mitteleuropäischen Staaten einschließen sollte. Das wurde aber von Stalin verhindert. Die Bildung der westlichen Wirtschaftszone in Deutschland (zunächst die US-amerikanische und die britische Zone, dann auch die französische Zone – ohne das Saarland) folgte und im Juni 1948 die Einführung der DM, deren wirtschaftliche Basis schon vorher unter Leitung von Ludwig Erhard im Dreizonen-Wirtschaftsrat in Frankfurt/Main geschaffen worden war: Die Würfel für den Wiederaufbau Europas waren gefallen, aber auch für die Bereitschaft der USA und der westeuropäischen Staaten, mit der Bundesrepublik Deutschland zusammen den Weg nach Europa anzutreten und die freien Völker Europas in den Stand zu versetzen, politisch, wirtschaftlich und militärisch dem sowjetischen Druck erfolgreich zu widerstehen.

In diese Zeit fällt auch die Annahme der Doktrin der Eindämmung der sowjetischen Gefahr durch die US-amerikanische Regierung – in Ablehnung der von vielen gepriesenen Doktrin des „Rollback“, d.h. der präventiven Offensive zur Beseitigung der Bedrohung. Die Doktrin der Eindämmung war vom früheren amerikanischen Botschafter in Moskau und späterem Leiter des Planungsstabes im amerikanischen Außenministerium, George Kennan 1948 entwickelt worden.

Sie beruht auf der Annahme, dass es – wenn einmal die sowjetische militärische und ideologische Expansionspolitik aufgegeben sein würde - den USA und in dieser Beziehung dem Westen im allgemeinen möglich sein werde, mit dem russischen Staat normale Beziehungen zu haben, zu kooperieren und zur Sicherung des den Frieden beizutragen.

Die USA fassten also eine globale Strategie ins Auge, in der die europäische Einigung einschließlich Deutschlands, die Eindämmungspolitik gegenüber der sowjetischen Bedrohung und schließlich die Kooperationsbereitschaft mit einem nicht mehr expansiven und aggressiven Russland am Ende Teil einer europäisch-amerikanischen Friedensordnung sein würden.

Deutschland, das noch wenige Jahre zuvor die bitterste Niederlage seiner Geschichte erlebt und die Stunde der Abrechnung der Siegermächte und der unterworfenen Völker erfahren musste, wuchs in die transatlantischen Beziehungen Europas, in die Einigungsprozesse Europas und in eine vom Verteidigungswillen gegenüber und der Verständigungsbereitschaft mit der Sowjetunion getragene Strategie hinein, in der es seine wesentlichen nationalen Interessen – die Option zur deutschen Einheit auf friedlichem Wege - respektiert sah und in der die traditionellen innereuropäischen Machttrivalitäten als überwunden angesehen werden konnten.

Es ist nicht schwer sich vorzustellen, mit welchen Vorbehalten auch nach Herstellung der transatlantischen Einigung über diese neue Strategie und ihre spezifischen, ihre konkreten Ziele die ersten amtlichen deutschen Vertreter – Bundeskanzler, Minister, Diplomaten, Soldaten, Beamte, aber auch Parlamentarier und Wirtschaftler - in den Hauptstädten der Nachbarn Deutschlands zunächst aufgenommen wurden, in denen nur wenig mehr als zehn Jahre zuvor das NS-Regime geherrscht hatte. In vielen Städten im Ausland gab es Berührungen, Begegnungen mit überlebenden Juden aus Deutschland, aus Europa, in der Sowjetunion mit Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, mit den Menschen, die einst mit Deutschland kooperiert hatten und dann in eine tiefen Abgrund gestoßen wurden. Wie einsam musste man sich, wie ich selbst erlebte, im Plenarsaal der Vereinten Nationen als Mitglied einer kleinen deutschen Beobachterdelegation bei den Vereinten Nationen fühlen, wenn am Tag der Vereinten Nationen – am 24. Oktober – als VN-Hymne die Neunte Symphonie von Ludwig van Beethoven, geboren in Bonn, der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1949 und 1991, gespielt wurde, einer so deutschen Musik wie sie nur deutsch sein kann. In Antwerpen, einem Zentrum jüdischen Lebens, nahm ich am deutschen Generalkonsulat Erbscheinsanträge von überlebenden Juden aus Deutschland auf. Die Besucher wollten ihre Muttersprache sprechen – Deutsch. Tastende Fragen, woher man in Deutschland komme und weitere Fragen nach Menschen und Namen, nach Gebäuden und Städten und nach Ereignissen. Wir unternahmen nun tastende Schritte in eine neue Welt, die uns mit Skepsis und Fragen aber auch Hoffnungen aufnahm.

Millionen von Kontakten in alle Welt hinein, in die Nachbarschaft und in die Ferne wurden zu einer neuen Brücke, einer Brücke in die Zukunft – im ewigen Schatten der Vergangenheit. In Oxford erlebte ich ein Gespräch mit dem englischen Historiker Taylor – einem Fachmann auch für deutsche Fragen - der bei dem Gespräch im Jahre 1955 zu dem Schluss kam, dass mit den zwei Niederlagen die deutsche Geschichte nun zu Ende sei. Ich hörte zu und machte doch Einwendungen geltend. Für Taylor war eben Geschichte die Geschichte rivalisierender

imperialen Mächte in Europa, und in dieser Beziehung hatte er gewiss gute Gründe für das, was er sagte. Nur gilt das, wenn auch in anderem Sinne und aus anderen Gründen - für alle Staaten mit imperialen Vergangenheiten in Europa. Und das legt die volle Mitwirkung Englands an der zur Integration führenden europäischen Entwicklung nahe. Aber London hat diesen Weg bisher nur in Einzelbereichen beschritten, gleichzeitig aber seine Abneigung gegenüber der Bildung eines europäischen Machtzentrums auf dem Kontinent nachdrücklich und kontinuierlich bekundet.

Es ist ein Ding, eine neue, eine kooperative Strategie mit dem Gegner von gestern zu entwickeln und anzunehmen. Es ist ein anderes, sie mit Leben zu erfüllen. Man musste einen langen Atem haben. Die Analyse des George Kennan hatte die westliche Führungsmacht - die USA - und die europäischen Staaten auf den richtigen Weg gewiesen, der dank verschiedener Entwicklungen zu dem Erfolg geführt hat,

- den Frieden gegen eine militärische Bedrohung im Wege der Eindämmung zu sichern (NATO),
- die europäische Einigung voranzubringen – nicht nur in West- und Südeuropa, sondern nach dem Ende des Kalten Krieges im Jahre 1990 auch nach Mittel- und Südosteuropa (Europäische Union)
- und die Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation zu entwickeln – dem Staat, der zusammen mit anderen früheren Sowjetrepubliken als selbständigen Staaten aus der Erbschaft der 1991 in sich selbst zusammengebrochenen Sowjetunion hervorgegangen ist.

Natürlich, keine dieser Entwicklungen hat perfekte Bedingungen geschaffen, aber doch Rahmenbedingungen für Entwicklungen in eine kooperative und friedvolle Richtung der Beziehungen und Zusammenarbeit in Europa, mit Amerika und mit Russland.

IV. Europa 1945 – 2005

Aus den Trümmern zu blühenden Landschaften und zum Wohlstand

In den freien Wahlen Nachkriegsdeutschlands – angefangen bei den Wahlen in den Ländern der westlichen Besatzungszonen – und anschließend in der Bundesrepublik Deutschland – ja auch in den neuen Bundesländern nach deren Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1990 hat es stets demokratische Mehrheiten für eine Alleinregierung oder für Koalitionsregierungen gegeben.

Während der Weltkriege haben die Kriegsgegner ein Bild Deutschlands gezeichnet, in dem die Demokratie keine historischen Grundlagen und Verankerungen habe. Das mag für die Kriegspropaganda wichtig und richtig gewesen sein. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Schwäche der demokratischen Kräfte in der Weimarer Republik hatte verschiedene Ursachen, auch international bedingte.

Unter schwierigsten psychischen und materiellen Bedingungen – denen der totalen Niederlage und bedingungslosen Kapitulation mit der unvermeidbaren Abrechnung der Sieger und der bislang unterdrückten Völker, regte sich das Leben wieder. Der spätere amerikanische Botschafter in Deutschland, Walter – er war sehr sprachgewandt und wurde in vielen wichtigen Missionen für sein Land tätig - erzählte mir von seiner ersten Reise durch Deutschland – zum Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg im Jahre 1945/1946. Er hatte den Auftrag, einige US-Senatoren zu begleiten: Eines Tages besuchte mit den Gästen ihm

unbekannte Deutsche, die in einem halb eingestürzten Haus lebten: Vor dem Fenster waren Blumen gepflanzt worden und aus irgendeiner Ecke zauberten die Deutschen auch Kaffee und etwas Kuchen. Er empfand diese Geste und diese Lebensweise als symptomatisch für den Lebenswillen der Deutschen.

Zwei Jahre später saß ich an der halb zerstörten Hamburger Universität mit den Überlebenden von zehn und mehr Jahrgängen junger Deutschen in ungeheizten Hörsälen und mit Lehrbüchern zusammen, die aus hektographierten Texten der Professoren bestanden, um den akademischen und wissenschaftlichen Anschluss an die Welt zu finden und die Voraussetzungen für den Lebensunterhalt von morgen zu erarbeiten. Man nannte das ein Brotstudium. Doch es war mehr. Wie trockene Schwämme saugten wir den Erkenntnisstand der Welt auf, von dem wir als Folge nationalistischer Hypertrophie ferngehalten worden waren. In Zeiten des Krieges, eines über fünf Jahre währenden mörderischen Krieges konzentrierte sich das Lernen und Wissen auf die militärischen Fragen und Techniken – oft entscheidend für das Überleben in einer gefährlichen Lage. Ich gehörte zu den jüngsten Studenten. Die Älteren spürten, dass ihnen Jahre gestohlen worden waren, wenn diese entbehrungsvollen Jahre sie auch in menschlicher Beziehung früher als gewöhnlich hat reifen lassen, aber desillusioniert. Unsere Studienjahre waren nicht von der Fröhlichkeit und dem Leichtsinn des Treibens junger Studenten in früheren und späteren Zeiten geprägt. Es wurde aber auch experimentiert – vor allem in neuen Fächern – wie denen der Politischen Wissenschaften und der zeitgenössischen Geschichte. Schon im Jahre 1952 konnte ich eine Dissertation über die Gründung der Christlich Demokratischen Union nach dem Zweiten Weltkrieg an der Fakultät für Geschichte in Hamburg einbringen und mit gutem Ergebnis promovieren. Nachts oder außerhalb der Vorlesungen und Seminare waren wir Werkstudenten. Wir bildeten Arbeitsgemeinschaften, um die Teilnahme an Vorlesungen zu rationalisieren.

Die Politischen Parteien hatten einen schlechten Ruf. Sie galten als die eigentlichen Versager der Weimarer Republik – was den Kern der Sache nicht trifft. Aber die Menschen, die sich in den tradierten politischen Strukturen – denen der Kommunisten, der Sozialdemokraten und der Liberalen (Freie Demokraten) zusammenfanden, knüpften eindeutig an die Traditionen ihrer Parteien im parlamentarischen, meist demokratischen Prozess Deutschlands an – also an das 19. Jahrhundert bis hin zur Weimarer Republik. Aber die „Christlich--Demokratische Union“ –CDU – in Bayern als CSU konfiguriert – war etwas Neues: Was wollte sie verkörpern? War es eine antikommunistische, anti-sozialistische Sammlungsbewegung, in der jeder seinen Platz fand? Sollte und wollte diese Parteigründung die Zersplitterung, die verhängnisvolle Zersplitterung der Parteienlandschaft im bürgerlichen Lager der Weimarer Zeit für die Zukunft ausschließen? War das überhaupt möglich? An diesen Überlegungen ist wohl etwas Wahres dran. Gleichwohl ist auch ein anderes Element nicht zu übersehen, das die Menschen zu dieser Verbindung brachte: Der Konfessionsgegensatz zwischen Katholiken und Protestanten hatte viel Schaden – auch im politischen Raum - angerichtet und den Blick auf das Wesentliche, auf das einigende Band aller Christen versperrt. Die Kirchen durchlebten nach dem Krieg eine Phase schwerer Prüfungen wegen ihrer zum Teil engen Bindungen an das NS-Regime und dem Verdrängen der Tatsache, dass sie von der Aggressivität des Systems bei Beginn des Krieges gegen Polen wussten, aber schwiegen. Die Leiden des KZ-Lebens hatten Protestanten und Katholiken gemeinsam erlebt, und sie wollten diese Leiden in eine konstruktive Perspektive für die Zukunft umsetzen. Allenthalben regte sich also der Wunsch, eine solche Verbindung nun auch in der politischen Arena herzustellen, und andere demokratische Kräfte, liberale und soziale Kräfte an diese neue Verbindung heranzuführen. Dem Wähler sollte eine Partei des moralischen Aufbruchs, der Rückbesinnung auf christliche Werte – missbraucht wie sie vielfach waren – und der Verantwortung des Einzelnen für das

Ganze nahe gebracht werden. Die Parteigründung gelang, auch wenn es zu Absplitterungen kam - mit der Neugründung der Zentrumspartei, der großen katholischen Traditionspartei der Kaiserzeit und der Weimarer Zeit, aber auch ein wenig später mit der Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei, die unter Gustav Heinemann den Weg zu einem neutralen und neutralistischen Deutschland suchte und den Weg Adenauers zur Westbindung als Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage ablehnte. Diese CDU hat, beginnend mit Konrad Adenauer, einem Mann im Alter von 73 Jahren beim Antritt seines Amtes als Bundeskanzler im Jahre 1949 - die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland über lange Strecken entscheidend geprägt. Sie stellt die bedeutendste innenpolitische Veränderung in der politischen Geschichte Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg gegenüber den früheren Epochen des deutschen Parlamentarismus und der politischen Parteien dar. Erst in einer Schwächephase der CDU – unter dem Nachfolger Adenauers, dem Mann des Wirtschaftswunders Ludwig Erhard – gelang es den Sozialdemokraten, die mit dem Godesberger Programm von 1959 inzwischen ihren ideologischen Ballast abgeworfen hatten, zunächst als Juniorpartner der CDU, dann als dominierender Partner mit der FDP als Koalitionspartner die Glaubwürdigkeit als Regierungspartei zu gewinnen. Dafür war der Wahlsieg in den Landtagswahlen Nordrhein-Westfalens im Jahre 1965 eine wichtige Vorstufe.

Konrad Adenauer hatte früh auf die Westbindung, auf die Vereinigung Europas und die Bande mit den USA als Voraussetzung für jedes substantielle Abkommen mit der Sowjetunion gebaut. Er war vom Oppositionsführer Kurt Schumacher als Kanzler der „Alliierten“ abgekanzelt worden. Kurt Schumacher - gezeichnet durch seine Leiden im KZ und durch schwere Verwundungen im Ersten Weltkrieg - war nicht minder durch die Demütigung Deutschlands als Folge der totalen Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation geprägt und kämpfte für die Lebensrechte auch des Verlierers und Initiators des Weltkrieges. Ich hörte seine flammende Rede im Jahre 1946 im Park „Planten und Blomen“ in Hamburg. Er fürchtete einen neuen „Vertrag“ für Deutschland nach dem Vorbild des verhängnisvollen Versailler Vertrags. Er misstraute wie Adenauer den Kommunisten und der Sowjetunion und lehnte die Zwangsvereinigung von SPD und Kommunisten in der sowjetischen Besatzungszone kategorisch ab. Auch nach dem fundamentalen Kurswechsel der USA und dann der europäischen Nachbarstaaten zur Frage der Einbeziehung Deutschlands in den Wiederaufbau Europas blieb er zutiefst misstrauisch gegenüber den Absichten der Siegermächte in Deutschland.

Deutschlands politische Stabilität ist durch die Fähigkeit zur alternativen Regierungsbildung Mitte-Links und Mitte-Rechts bis zur Stunde positiv geprägt. Extremistische Parteien und Fundamentalisten haben sich nur in Randgruppen gehalten, insbesondere dann, wenn die beiden großen Parteien in einer Grossen Koalition zusammenarbeiten mussten und sie damit ihre Fähigkeit verloren, extremere Randgruppen auf ihrem jeweiligen Flügel zu integrieren.

Die innere Stabilität des Landes, um deren Bestand sich viele Beobachter die vor dem Hintergrund der Tragödie der Weimarer Republik Sorge machten, hat sowohl wirtschaftliche Depressionen überstanden, als auch die Herstellung der deutschen Einheit mit den neuen Bundesländern im Jahre 1990, die von der sozialistischen Staatswirtschaft der DDR und der Fortdauer des Autoritätsstaates geprägt waren, verkraften können. Allerdings – im Jahre 2004 zeichnen sich gefährliche Brüche ab, da der Aufbau Ost nicht die erforderlichen Investitionen in Wirtschaftsbetriebe der neuen Bundesländer gebracht, stattdessen aber zu hoher Arbeitslosigkeit geführt hat.

Jahrzehnte hindurch war die Bundesrepublik Deutschland nach den USA und Japan die drittgrößte Wirtschaft in der globalen Wirtschaft. Sie ist es auch heute noch. Eines Tages werden die Megastaaten Indien und China an den drei etablierten Wirtschaftsriesen vorbeiziehen. Und Europa wird zu einem Wirtschaftsraum des EURO Währungsereichs zusammenwachsen. Zu keiner Zeit in der Geschichte Deutschlands haben Wirtschaft und Währung, aber auch der Leistungswille und die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung gegenüber anderen Volkswirtschaften in der Regel so eindrucksvolle Standards erreichen können, wie es in der Zeit zwischen 1960 und 1990 der Fall gewesen ist, eine Position, die zusammen mit der politischen Stabilität als demokratisch verfasstes und demokratisch gelebtes Land zu sehen ist.

Verschiedene Faktoren haben dazu geführt, dass diese Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft in Gefahr geraten ist:

Verständlicherweise hat der Aufbau Ost Mittel und Energien gebunden. Darüber hinaus hat die soziale Marktwirtschaft unflexible Strukturen mit Ansprüchen entstehen lassen, die vor dem Hintergrund der Erfolgswirtschaft rechtlich eingeräumt und abgesichert wurden, und die heute nur schwer „nach unten“, ich sage nach vorne hin offener gestalten werden können. Deutschland muss Innovatives auf den Markt bringen. Es muss Kapital anziehen und Kapital exportieren – letzteres geschieht. Es muss das soziale Netz (Ausbildung, Gesundheit, Pensionen) revidieren, den Staatsanteil am Bruttoinlandprodukt wieder reduzieren und die Anreize für persönliche Verantwortung im wirtschaftlichen Handeln und in der Vorsorge fördern. Unternehmen und Gewerkschaften können mit ihrer operativen betrieblichen Gestaltungsfähigkeit des Faktors Arbeit Bedeutendes leisten, um die ideologisch verhärteten Fronten aufzubrechen und „einen frischen Wind“ in Deutschland zu entfachen, einen Wind, den wir 1950 hatten, einen Wind, den wir 1990 in gewissem Umfang bei der Öffnung zum Osten Europas hatten erkennen lassen, und einen Elan, den wir heute – in der dritten Generation nach der Aufbau-Generation vermissen.

Woran wird der Zeitzeuge der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland auch erinnert?

Im Jahre 1950 nahm ich als Zuhörer an einer öffentlichen Debatte zwischen Ludwig Erhard, dem Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland (CDU) und dem Wirtschaftsminister Nölting (SPD, Nordrhein-Westfalen) in der nur notdürftig wiederhergestellten Rheinhalle in Düsseldorf teil. Ludwig Erhard plädierte für die freie Marktwirtschaft – eine Vorstellung der Wirtschaft, die im Deutschland des ersten Weltkrieges, der Weimarer Republik und des NS-Staates mit den hohen Staatsquoten der Kriegs- und Nachkriegsverhaltnissen undenkbar, unakzeptabel erschien. Nicht nur erschien diese Marktwirtschaft unvertretbar in der Mangelsituation, in der wir lebten, in der hohe Infrastrukturaufwendungen des Staates notwendig waren, sie erschien auch bei dem vorherrschenden Glauben an die Vorzüge der verstaatlichten Grundindustrien und Banken sowie Versicherungen vom ideologischen Gesichtspunkt her als unakzeptabel. England ging mit der Nationalisierung der Kohle, des Gesundheitswesens voran. Frankreich betrieb stets eine dirigistische Wirtschaftspolitik. Und doch ging Deutschland den Weg der freien Marktwirtschaft – mit einem sozialen Netz, das unverzichtbar war, weil ja die Mehrheit der Bevölkerung durch den Krieg - unverschuldet im persönlichen Haftungssinne - verarmte und ihre Rücklagen ebenso persönlich unverschuldet verloren hatte. Das galt dann auch Mehrheit der Bevölkerung der DDR im Jahre 1990, bei Einführung der DM und der sozialen Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern.

Das Eindrucksvolle an dieser Entwicklung Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg besteht darin, dass die Menschen, die durch die tiefsten Tiefen des Sturzes unseres Landes und durch furchtbare persönliche Erlebnisse gegangen waren – als Mitläufer, als Täter, als Opfer, als Menschen, die in der Not der vermeintlichen Schicksalswahl zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus im Jahre 1933 die rechtsradikale Option und damit ungewollt den Untergang wählten, wie diejenigen, die die linke Option wählten, dass diese Menschen, die Trümmerfrauen und die aus Gefangenschaft entlassenen, psychisch gebrochenen Soldaten, die Witwen und Waisen, Flüchtlinge und Vertriebenen, die aus dem Exil und aus den Konzentrationslagern Heimkehrenden, dass genau diese Menschen es waren, die die historische Situation des Kalten Krieges erfassten und den Wiederaufbau in die Hand nahmen und in einer großen Anstrengung in die Wirklichkeit umsetzten.

Sie haben einen erheblichen Anteil an dem Werk, die den Deutschen zufallende Chance zur Rückkehr als demokratischer Rechtsstaat in die Völkerfamilie, in einer anpackende Weise zu nutzen und in neues Ansehen für ihre geschundenes Vaterland, internationales Vertrauen und neuen Wohlstand für alle (fast alle) umzusetzen. Dabei blieb die historische und strafrechtliche Aufarbeitung der Verbrechen für viele Beobachter auf der Strecke, aber dieses Urteil lässt sich bei Überprüfung nicht immer aufrechterhalten. Die Erinnerung an die Verbrechen der deutschen Vergangenheit ist zu einem integralen Bestandteil des deutschen Geschichtsbewusstseins geworden. Die territorialen und anderen Verluste Deutschlands als Ergebnis des zweiten Weltkrieges werden als Folge des Angriffskrieges und des Völkermordes verstanden und hingenommen. Der Wille und die Bereitschaft zur europäischen Einheit stellen keine Flucht aus der deutschen Geschichte, keine Preisgabe der deutschen Identität, sondern die Lehre, die Konsequenz aus der deutschen und aus der gesamteuropäischen Geschichte dar.

Im Jahre 1871, als die Deutschen in einem Vaterland vereinigt wurden, fragten sich politische und diplomatische Beobachter in Petersburg, London und Paris, was aus dieser Zusammenballung von Kraft und Macht erwachsen werde. In der Machtrivalität mit den anderen Ländern Europas – Österreich-Ungarn, Russland, Frankreich, England und in gewissem Weise Italien und der Türkei – hatte Deutschland 1914 schlechte Karten. Aber Europa als Ganzes verlor den Krieg. Sein Ansehen und die Stellung der europäischen Mächte in der Welt, die diese Länder bislang genossen hatten, war unterminiert und brüchig geworden, weil die Mächte ihre nationalen Machtrivalitäten nicht in Schach zu halten wussten. Der Sieg-Frieden von 1919, den Frankreich seinen Verbündeten aufdrängte, der Verzicht Wilsons, den Frieden zu vermitteln, sondern dem etablierten Friedensvertrag am Ende wegzubleiben, brachte Deutschland in die bürgerkriegsähnliche Situation, entweder Teil der kommunistischen Weltrevolution zu werden, die Lenin und Stalin predigten und diktierten, oder sein Schicksal in die Hände der Kräfte zu legen, die einen nationalistischen revanchistischen Kurs forderten, der, wenn auch nicht für alle erkennbar, im Kriege enden würde. Eine starke Verknüpfung der Sieger und Verlierer-Mächte mit starken politischen bürgerlichen, also demokratischen Regierungen hätten diesen Kurs vielleicht gemeinsam, gemeinschaftlich verhindern können - wenn überhaupt eine internationale Konstellation, dann diese.

In Deutschland fürchtete der „Bürger Normalverbraucher“ die „Radikalen auf der Strasse von links und von rechts“.

Dann nahm das Geschehen seinen Lauf. Nur im Wege eines erfolgreichen Staatsstreiches aus der Nomenklatur von Staat und Gesellschaft heraus, also den Streitkräften kurz vor oder während des Krieges hätte die Katastrophe verhindert, beziehungsweise in ihren Ausmaßen eingegrenzt werden können. Die Niederlage war für den nüchternen Beobachter und Kenner

der geostrategischen Verhältnisse schon im September 1939 das zu erwartende, das zu befürchtende Ergebnis des Krieges. Im Jahre 1942 war die Niederlage für die meisten Menschen in Deutschland zur Gewissheit geworden war, die nur durch ein Wunder würde verhindert werden können.

Das Wunder trat nicht im Kriege, wohl aber danach ein: Der Ost-West-Konflikt beflügelte bei den westlichen Siegermächten die Kräfte der Versöhnung und des gemeinsamen Wiederaufbaus, der Verteidigung gemeinsamer Werte der freien Gesellschaft und der demokratisch gewählten und kontrollierten Staaten in Europa. Andere Staaten wurden von Moskau gewaltsam daran gehindert, sich dieser Option anzuschließen. Die USA förderten die Abwehr gegenüber der Bedrohung. Sie förderten die europäische Vereinigung als Option zu den katastrophalen Machtrivalitäten im Europe der zurückliegenden Jahrzehnte und Jahrhunderten. Sie legten - zusammen mit den Europäern - mit der Doktrin von „Verteidigung und Entspannung“ die Grundlagen zur Verständigung mit der Sowjetunion oder Russland nach dem Ende der imperialen sowjetischen Träume und Strukturen. Mit der Erweiterung der Europäischen Union und des Nordatlantischen Bündnisses einschließlich einer strategischen Allianz mit der Russischen Föderation wurde dieser Weg in die Zukunft fortentwickelt.

Aber heute drohen dieser Perspektive der transatlantischen Zusammenarbeit neue Gefahren: Wird das Bündnis als partnerschaftliche Allianz auch gegenüber drohenden Gefahren von außerhalb Europas Bestand haben können?

Wird der demokratische Transformationsprozess in Russland und anderen osteuropäischen Staaten auf der Strecke bleiben?

Wird die Europäische Union, werden die 25 Mitgliedstaaten den schwierigen Integrationsprozess mit 10 und mehr Mitgliedern aus Ostmittel- und Südosteuropa verkraften können?

Wie kann die deutsche Wirtschaft wieder angekurbelt werden – nicht nur, was schon geschieht, durch außenwirtschaftliche Impulse, sondern auch durch die Verbesserung der Marktbedingungen für Investitionen im Lande selbst und damit durch genuine, nicht künstliche Binnennachfrage? Es ist machbar. Aber der Wille und die Ziele müssen „da“ sein, müssen präsent sein, müssen die Vorstellungskraft und die schöpferischen Kräfte freisetzen, die in Europa, die auch in Deutschland vorhanden sind.

Aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts, aber auch aus den Jahrzehnten der erfolgreichen transatlantischen Zusammenarbeit und der europäischen Solidarität im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich sind Lehren für die Zukunft zu ziehen. Wir müssen wieder den Willen entwickeln, scheinbar unlösbare Probleme anzugehen - mit lang- und mittelfristigen Engagement und Beharrlichkeit: Schnelle Lösungen gibt es nicht.

Berlin, 2005